



bürgerforum**info**

gemeinde freienbach

ausgabe 3 märz/april 2010

- **Gemeinderatswahlen 2010**
- **Neuauflage für Steinfabrikareal-Umzonung**
- **Klartext zu den Abstimmungen
Fällmistunnel und Zubringer Freienbach/Halten**
- **Stadt Pfäffikon – statt Pfäffikon?**
- **Variantenplanung Umfahrung Ost –
Nachkredit ohne Belege**



Kein fauler Zauber

Fakten statt Märchen

Zu den Gemeinderatswahlen

Immer wieder stellt man uns die Frage, wie sich das Bürgerforum zu den Wahlen stellt und warum wir nicht selbst Kandidaten „ins Rennen“ schicken.

Wir sehen das so: Theoretisch übernehmen Gemeinderäte ein Amt als „Diener des Volkes“. Dafür legen sie einen Amtseid ab und sie erhalten erweiterte Rechte, damit sie die Interessen ihrer Wähler vertreten können. Ein grosser Charaktertest!

Wenn Gemeinderäte ihren Auftrag ernst nehmen und ihre amtliche Macht und ihre Fähigkeiten zum Wohle aller Einwohner einsetzen, kann das Gemeinwesen blühen. Sie verdienen es dann, von der Bevölkerung geachtet, geehrt und auch für ihre Leistungen fair bezahlt zu werden.

Für das Volk ist also nicht entscheidend, ob unsere bisherigen Gemeinderäte ihre Mandate halten können oder durch andere ersetzt werden und aus welchen politischen Lagern sie stammen. Wichtig ist nur, dass jeder Mandats-träger seine Pflichten wirklich erfüllt. Das ist die Kernforderung jedes Bürgers an „seine Regierung“ – und auch diejenige des Bürgerforums.

Es dürfen keine falschen Rücksichten auf die eigenen Seilschaften genommen werden.

Dies gehört aber heute leider zum politischen Alltag und übt nach unseren Erfahrungen einen enormen Sog auf Politikerpersönlichkeiten aus. Auch wer mit besten Vorsätzen einsteigt, kommt unter einen so starken System-Druck, dass er nur mit Unterstützung von aussen – eben mit öffentlichem Gegendruck – standhalten kann.

Anregungen zu Verbesserungen haben bedeutend höhere Chancen, wenn sie **unabhängig vom Maulkorb des Amtsgeheimnisses** eingebracht werden können.

Durch unsere Beschäftigung mit den Sachfragen und hörbares Nachdenken zu öffentlichen Angelegenheiten sorgen wir für politische Auseinandersetzung, weil die gewohnte Ruhe bereits zur Grabesruhe zu werden droht. Das Bürgerforum ist also ein absichtlicher Unruhestifter in Bereichen, wo braves JA-Sagen verantwortungslos wäre.

Die „alten“ Gemeinderäte sind nun wieder angetreten: Wir erwarten sie mit wachen Augen.



Fakten statt Märchen

Liebe Leserinnen und Leser

Diese Frühlingausgabe ist für einmal in einen Samtvorhang gekleidet: Ein Zauberer auf der Titelseite, Märchenhelden im Innenteil, auf der letzten Seite sogar Pinocchio... Wir laden Sie herzlich ein, einen vertieften Blick auf die „märchenhaften“ Seiten unserer Gemeindepolitik zu richten.

Was in den letzten Jahren auf der Politbühne präsentiert und schöneredet wurde, um uns wie Kinder in der Nachmittagsvorstellung still zu halten, ist nicht mehr tragbar.

„Es war einmal...“

Viele Seifenblasen platzen nun, und die wirklichen Fakten kommen ans Licht. Geld fürs Vergeuden ist auch bei uns nicht mehr in der Schattulle. Die dramatische weltweite Entwicklung zeigt ihre Auswirkungen auch in Freienbach.

Es wird also höchste Zeit, aus jenem Traum aufzuwachen, bei dem die Bäume in den Himmel wachsen. Eine achtsamere, durch den Volkswillen bestimmte Zielsetzung und entsprechendes Handeln ist angesagt.

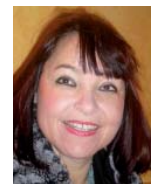
Leider ist es unumgänglich, auch in dieser Nummer Aufklärungsarbeit zu leisten. Unzureichende Angaben aus den offiziellen Mitteilungen sollen ergänzt und fehlerhafte oder manipulierende Darstellungen richtig gestellt werden. Auch wenn dies nicht alle Verantwortlichen in Behörden, Ämtern, Parteien und Interessenverbänden freut.

Die Fakten, die wir Ihnen, liebe Leser, in dieser Ausgabe präsentieren, verdienen es, bedacht zu werden:

- Die Verfahren vor dem Regierungsrat und dem Verwaltungsgericht zum Steinfabrikareal brachten Dubioses ans Licht.
- Im Kleingedruckten zur Aufzongung des Zentrums Pfäffikon zeigte sich, wie sehr der Teufel im Detail steckt und dass die Öffentlichkeit ganz klarer Verlierer wäre.
- Vor den Abstimmungen zum Fällmistunnel und dem Anschluss Freienbach/Halten ist eine Korrektur der bisherigen behördlichen Darstellungen nötig.
- Und leider müssen wir auch immer wieder über fragwürdige Spiele mit der Freienbacher Schatztruhe berichten.

Beteiligen Sie sich an den Gemeindeversammlungen und an den wichtigen Volksentscheiden, die uns in diesem Jahr bevorstehen. Es liegt in Ihrer Hand, dass 2010 alles, was fauler Zauber war, wirkungslos wird und stattdessen vernünftige Zielsetzungen und Abläufe Fuss fassen können.

Frühlingsluft ins muffige Theater,... ich freue mich darauf!



Irene Herzog-Feusi
Präsidentin des Bürgerforums

Zum Steinfabrikareal

Nach dem JA der Freienbacher Stimmbürger zur Steinfabrikareal-Initiative von 2006 liess der Gemeinderat für satte 100'900 Franken ein juristisches Gutachten erstellen, um zu erfahren, was er nun zu tun habe...

Doch obwohl darin unmissverständlich festgehalten wurde, er dürfe „weder in Bezug auf den Sinn, noch in Bezug auf den Umfang von den Vorgaben der Initiative abweichen“, hat er nachträglich genau dies getan. Er beschloss, dass doch eine Grossüberbauung auf mehr als zwei Dritteln der Arealfläche realisiert werden könne. Lediglich ein schmaler Streifen solle für eine Parkzone freibleiben.

Die Auswirkungen dieser verfälschten Umzonungs-Vorlage sind eklatant:

- Enorme Zeitverzögerungen
- hohe Kosten zu Lasten der Öffentlichkeit für langwierige und nutzlose Gerichtsverfahren
- Vertrauensverlust gegenüber Staat und Politik.

Übrigens:

Das Verwaltungsgericht hielt in seinem jüngsten Urteil fest, es sei «nicht nachvollziehbar, wieso zunächst annähernd die ganze Hafenzone in eine Zone für öffentliche Parkanlagen eingezont wurde und im Einspracheverfahren dann plötzlich eine Kehrtwende gemacht wurde». Insbesondere wurde vom Verwaltungsgericht auch anerkannt, dass «ein ausgewiesenes öffentliches Bedürfnis an der Schaffung einer öffentlichen Parkzone auf dem Steinfabrik-Areal besteht».

Vorgeschichte

Der Gemeinderat hat ja bekanntlich nach einer ersten, korrekten Vorlage im Frühling 2008 eine zweite ausgearbeitet, die dem Initiativ-Anliegen nun überhaupt nicht mehr entspricht.

Mit einem von ihm so benannten ‚Kompromiss‘-Beschluss wollte er verdichtete Wohn- und Gewerbebauten auf mehr als zwei Dritteln der Gesamtfläche zulassen.

Dagegen wurden vier Beschwerden eingereicht. Zwei wurden abgewiesen, darunter auch diejenige von uns Initianten. Der Regierungsrat und das Verwaltungsgericht behandelten sie inhaltlich gar nicht, sondern sprachen uns die Beschwerdeberechtigung ab.

Die Beschwerden der Grundeigentümerin, der Korporation Pfäffikon und von Ulrich K. Feusi, die überhaupt keine Naherholungszone zulassen wollten, wurden ebenfalls abgewiesen.

Der Clou: Das Bürgerforum wurde dennoch dazu verpflichtet, den Verlierern (Korporation und U.K. Feusi) Parteientschädigungen über insgesamt 5'200 Franken zu bezahlen.

Eine Logik...

...der nur schwer zu folgen ist.

Dennoch war unsere Beteiligung an den Gerichtsverfahren sehr wertvoll, weil wir dadurch an wichtige Informationen gelangten.



Brisante Details

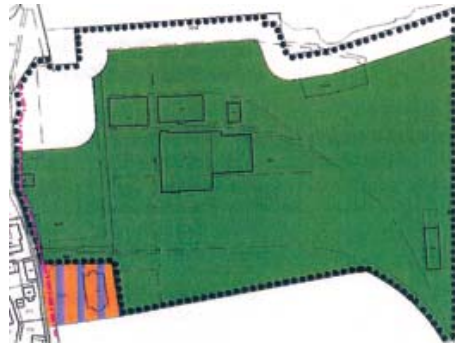
- Die aktuelle Verfahrensverzögerung verursachte der Gemeinderat durch seinen rechtswidrigen Entscheid im Sommer 2008 selber. In den Medien wurde darüber irreführend orientiert, denn **der Gemeinderat hatte vor Gericht eben gerade nicht Recht bekommen**. Gegen seinen Willen und gegen den Willen der Grundeigentümerin verlangten nun Regierungsrat und Verwaltungsgericht vom Gemeinderat ein neues Auflage- und Einspracheverfahren.

Grund: die erste Vorlage sei auf schwerwiegende Weise abgeändert worden.

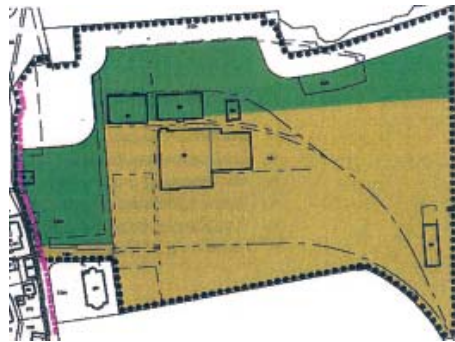
- Das Gericht hielt fest, dass generell **kein Anrecht auf den dauernden Verbleib eines Grundstücks in derselben Zone** bestehe und dass die geplante Umzonung dem Richtplan des Kantons und den Vorgaben des Bundesamtes für Raumentwicklung entspreche.

- Das Verwaltungsgericht bestätigt überdies, **dass mit der Initiative der Eigentumsschutz nicht verletzt wird**.

- Der Gemeinderat selber wies nach, dass ein **öffentlicher Bedarf für die Überbauung des Areals gar nicht bestehe**, Freienbach verfüge auch so noch über eine 500'000 m² grosse Baulandreserve. Zudem stellte der Gemeinderat explizit einen hohen zusätzlichen Bedarf an Naherholungsraum fest. Das Steinfabrikareal – ja, Sie lesen richtig – eigne sich dafür bestens.



Parkareal gemäss Initiative mit einer Fläche von 59'141 m²



Parkareal gemäss "Kompromiss"-Beschluss des Gemeinderates mit einer Fläche von nur noch 18'758 m²

Was ist das Steinfabrikareal wirklich wert?

Das Areal ist entgegen anderslautenden Behauptungen alles andere als baureif erschlossen.

- Es kann relativ kostengünstig für die Naherholungsbedürfnisse der regionalen Bevölkerung umgezont werden. Zusätzliche teure Strassenbauten wie etwa die Umfahrung Pfäffikon mit Grosskreisel und neuer Unterführung sind unnötig.

- Der aktuelle Erschliessungsplan des Unterorts ist fehlerhaft und darum ungültig. **Die Unterführung ist nur 4.70 Meter breit und entspricht damit bei weitem nicht den Minimalvorschriften von 5,4 bis 6 m.**

Das Umzonen des Areals wäre nur dann wirklich teuer, wenn die Stimmbürger vorher der Erschliessung durch den Westteil der Umfahrung zustimmten.

Das müssten wir dann aber doppelt zahlen: erstens für die Strassenbauten und zweitens für die erst damit ermöglichte Wertsteigerung des Areals.



Heutige Nutzung



Heute wird das Areal u.a. auch als Abfalldeponie genutzt...

... direkt neben dem Naturschutzgebiet

Das Steinfabrikareal wird trotz der Umzonung anfangs 90er Jahre nicht als Hafenzone = Wohn- und Gewerbezone genutzt.

Erinnern Sie sich, liebe Leser, an die vielen Versprechen des Gemeinderates, er wolle sich besonders für den „kostengünstigen Wohnungsbau“ einsetzen?

Das Bürgerforum hat in den Gerichtsakten entdeckt, dass der Gemeinderat – der unbedingt eine Grossüberbauung auf dem Steinfabrik-Areal erzwingen will – nun auch noch den für die Hafenzone vorgeschriebenen 20%-Anteil an kostengünstigem Wohnungsbau ersatzlos gestrichen hat.

Und dies ohne ein einziges Wort der Erklärung...

Diese Streichung wirft zudem folgende brisante Frage auf:

Ist das Areal rechtlich noch gar keine Wohn- und Gewerbezone, sondern noch immer Industriegebiet?

Gemäss geltendem Baureglement, Anhang B, C.2. S.36, muss für einen 20%-Anteil kostengünstigen Wohnungsbau ein Dienstbarkeitsvertrag abgeschlossen werden, **damit die Umzonung aus den 90er-Jahren überhaupt rechtskräftig wird.**

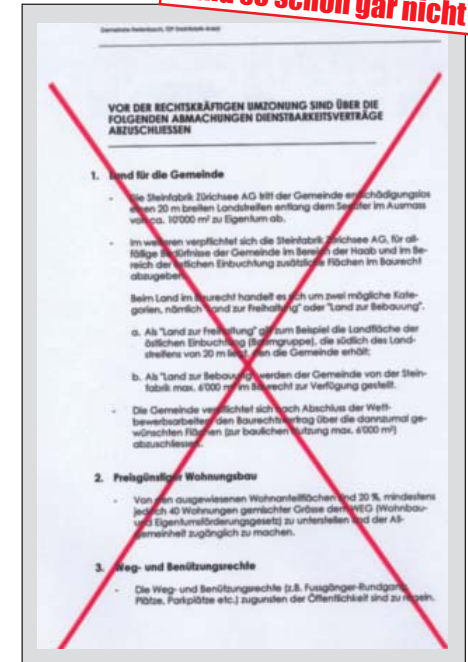
Das ist aber bis heute nicht geschehen!

Nicht nur die Anwälte der Grundeigentümerin und ihres Präsidenten, sondern auch der Gemeinderat bezeichneten die Verpflichtung zu kostengünstigem Wohnungsbau kurzerhand als nicht mehr gültig.

Sie gaben auch offen zu, diese Einschränkung sei damals nur rein „abstimmungstechnisch“ eingeflossen.

Im Klartext heisst das: Die Stimmbürger wurden bei der Umzonungs-Abstimmung anfangs der Neunzigerjahre mit dem Zückerchen des günstigen Wohnungsbaus hinter das Licht geführt.

Das JA zur Initiative heisst: keine Überbauung – und so schon gar nicht !



Im Baureglement hat der Gemeinderat den 20%-Anteil „kostengünstiger Wohnungsbau“ in der Hafenzone ersatzlos **rot** durchgestrichen (Quelle: Homepage Gemeinde Freienbach).

Mehr graue Bauten und Einrichtungen als Grünflächen

Auf dem schmalen Rest, den der Gemeinderat nur noch als „Park“ umzonen will, sollen ebenso viele Freizeitbauten aneinander gereiht werden wie zuvor für das gesamte Areal angedacht: „Parkieranlagen, Sportplätze für Minigolf und Bogenschiessanlage, Restaurant, Kulturraum, Kiosk, WC-Anlage, Turm etc.“ ...und dies alles direkt neben der Grossüberbauung...

Die künftigen Bewohner der riesigen Überbauung sollen gemäss Gemeinderat ausdrücklich eine „soziale Kontrolle“ auf die Parkbenützer ausüben. Zudem ist auch schon von „Einschränkungen“ die Rede, was die Durchführung möglicher Veranstaltungen angeht.

Wie weiter mit dem Steinfabrikareal?

Im Januar 2010 bot das Bürgerforum dem Gemeinderat einmal mehr an, gemeinsam mit der Grundeigentümerin und ihrem Präsidenten nach einer allseits befriedigenden Lösung zu suchen. Doch auch dieser Vorschlag eines Runden Tisches wurde abgelehnt.

Gemäss Entscheid des Verwaltungsgerichts musste gegen den Willen des Gemeinderates und der Grundeigentümerin ein zweites Auflageverfahren durchgeführt werden.

Erst wenn auch dieses baurechtliche Verfahren abgeschlossen ist und der Gemeinderat den Stimmbürgern erneut eine Abstimmungsvorlage präsentiert, die dem Initiativbegehren weiterhin überhaupt nicht entspricht, kann endlich **Stimmrechtsbeschwerde** eingelegt werden.

**Die Chancen stehen gut, dass das Steinfabrikareal doch noch ein richtiger Naherholungs-Park wird und nicht bloss eine gigantische Überbauung mit Pseudopark-Anhängsel...
...wofür wir erst noch eine sündhaft teure Erschliessung finanzieren müssten (Westspange Umfahrung).**

„Stadt Pfäffikon“ – statt Pfäffikon?



Das Bürgerforum nahm aktiv am Mitwirkungsverfahren zum städtebaulichen Konzept und der dazu gehörigen Teilzonenrevision Zentrum Pfäffikon teil. Leider ist der Verein vorläufig nicht beschwerdeberechtigt. Das geltende Baurecht setzt für Vereine ein zehnjähriges Bestehen und spezielle Statutenbestimmungen voraus.

Deshalb reichte die Präsidentin eine persönliche Einsprache im Sinne der bisherigen Anliegen des Bürgerforums ein.

Darin wurde die sofortige Sistierung der Teilrevision „Zentrum Pfäffikon“ beantragt, da sie faktisch nur eine extreme Aufzoning, d.h. Aufwertung, an der Churerstrasse darstelle.

Verlangt wurde stattdessen die Wiederaufnahme der Gesamtrevision der Gemeinde-Zonenplanung – diese war auf die lange Bank geschoben worden, weil die Behörden zuerst ihre Masterplan-Verkehrsprojekte durchboxen wollten.

Ausserdem verlangte die Präsidentin die Offenlegung der gesamten bisherigen Ausgaben für diese vorgezogene Teilrevision.

Was spricht gegen den Teilzonenplan Zentrum Pfäffikon?

Verletzung diverser Rechtsnormen:

- Der Gemeinderat und sein Beirat würden extrem erweiterte Beurteilungs- und Entscheidungsspielräume erhalten. Die generelle Gestaltungsplan-Pflicht gäbe ihnen das Recht, unkontrolliert Ausnahmegewilligungen zu erteilen.

- Es werden u.a. falsche Gebäudehöhen suggeriert: Die maximale Höhe wäre nämlich nicht auf 17 Meter beschränkt, sondern könnte via Ausnahmeregelungen bis zu 30 Metern betragen, was konkret 10-stöckige Häuser bedeuten würde.

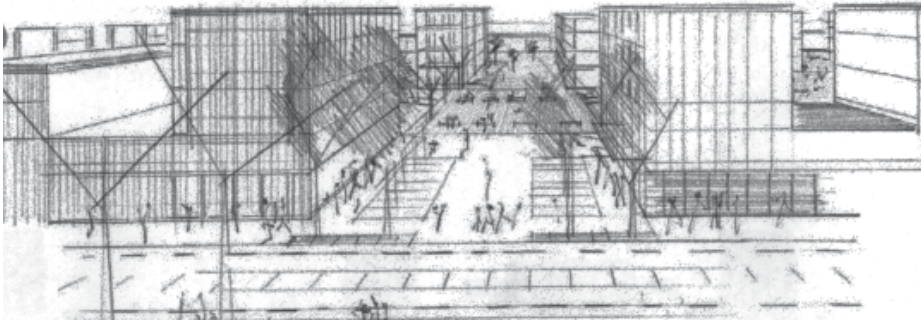
- Eine reglementsgemässe und einheitliche Bewilligungspraxis wäre nicht mehr gewährleistet.

- Daraus entstünde eine generelle Rechtsunsicherheit. Fast jedes Baugesuch würde automatisch Beschwerden mit einem Rattenschwanz an Schadenersatz- und Verantwortlichkeitsklagen auslösen. Die zwangsläufige Folge davon: Verzögerungen, Verteuerung und ein schlechtes Vertrauensklima.

Falschaussagen zum Zusammenhang mit der Umfahrung:

- Die Behauptung, der Teilzonenplan könne auch realisiert werden, ohne dass die Umfahrung Pfäffikon gebaut würde, ist unhaltbar. Es wäre nicht möglich, all den durch die extreme Aufzoning bedingten Mehrverkehr ins heutige Strassennetz einzuspeisen.

Die Churerstrasse und die als Schleichwege benützten Quartier- und Verbindungsstrassen sind auch ohne verdichtete Ortszentren schon hoch belastet.



“Pfäffikon Mitte; die Bebauungsstruktur lässt raffinierte Durchblicke zum Seepanorama auch bei hoher Dichte und bis hinter die Churerstrasse hinweg zu”.*



“Pfäffikon 2030 – städtebauliches Richtkonzept als Basis für attraktive öffentliche Räume und innere Verdichtung”
*Quelle: “städtebauliches Konzept Pfäffikon”

Fehlende Vorteile für die Öffentlichkeit:

- Die Vorlage enthält keinerlei verbindliche Qualitätsvorschriften zugunsten einer generellen Aufwertung des Zentrums.
- Bestimmungen für einen erleichterten Erwerb von grösseren Zentrums-Freiräumen sucht man vergeblich.
- Die Nutzniesser der Aufzoning werden zu keiner Gegenleistung zugunsten der Gemeinde verpflichtet.
- Vollkommen unberücksichtigt bleiben die negativen Auswirkungen der extremen Aufzoning auf benachbarte Quartiere, Dörfer und die weitere Region.

- Auch werden zusätzlich erforderliche öffentliche Parkierungsmöglichkeiten im Zentrum nicht thematisiert.

- Es gibt keine klar definierten Bestimmungen zugunsten des Langsamverkehrs und des ÖV, sondern nur unverbindliche Floskeln.

- Die grossartig klingenden Freiflächenziffern (55%, resp. 65%) sind irreführend: selbst Dachflächen von ein- und zweigeschossigen Gebäuden dürften als Freifläche angerechnet werden, wenn sie über „Korridore, Treppen und Lifte verfügen und *allgemein zugänglich sind*“. Das hiesse konkret: Mauern bis an den Strassenrand, das Grün hoch oben auf den Dächern...

Die Einsprache ist auf unserer Webseite abrufbar unter www.buergerforum-freienbach.ch.



Das Schmitten-Areal im Zentrum von Pfäffikon, direkt neben dem Dorfplatz und Dorfbach

Noch ist es erst 5 vor 12
– und noch ist Pfäffikon nicht anonym und steril.
Ein Ortskern mit Charme ist immer noch denkbar.

Im Zentrum gibt es sehr wenig öffentlichen Raum...

...leider hatten es die Behörden mehrfach abgelehnt, auf Kaufangebote einzugehen, so z.B. bei der alten Schmitte oder der Huobwiese. Somit liegt es jetzt am guten Willen und der gestalterischen Fantasie von privaten Besitzern, wie Pfäffikons Lebensqualität in Zukunft aussehen wird.

Liebe Grundeigentümer,

vielleicht würde ein Überdenken ihrer Gewinnmaximierungspläne auch für Sie erfreulicher und sogar wirtschaftlich erfolgreicher.

Lassen Sie das Zentrum zu einem Anziehungspunkt mit Herz werden!

Das Ding bekommt immer neue Namen...

MASTERPLAN

RICHTPLANUNG

VERKEHRSOPTIMIERUNG

UHRWERK

...und kostet immer mehr...

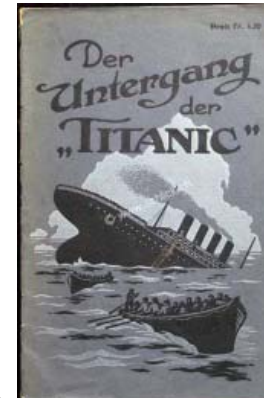


Als neuester PR-Gag werden die Planungen sogar als ein “Uhrwerk” ausgegeben. Bei diesem würden “die Massnahmen” angeblich “perfekt ineinander greifen”.

Der Stimmbürger kommt in diesem neuen Wortspiel nun als “Uhrmacher” vor. Seine Funktion bestehe darin, “zum richtigen Zeitpunkt den Auftrag zum Planen und Bauen (zu) erteilen”. Vielen Dank...!

“flaMa”

Unauffhaltsam kommen die Schwachstellen der aufgeblähten Masterplan-Konstrukte und des ebenfalls ohne Beteiligung der Bevölkerung forcierten „Agglomerationsprogramms Obersee“ an die Oberfläche. **Auch die Parteien sind zögerlich geworden in ihrer Unterstützung des ganzen Masterplan-Zaubers. Den Behörden fällt es trotz grossem Aufwand zunehmend schwer, alle auf eine Linie einzuschwören.**



Masterplan:
Auch die Titanic galt als unsinkbar...

Zwei Verantwortliche des aufwändig propagierten Masterplans verlassen das sinkende Schiff bereits: Regierungsrat Bösch zieht sich im Herbst durch seinen Rücktritt aus der Affäre. Auch der Wollerauer Gemeindepräsident tritt zurück, und es bleibt abzuwarten, ob noch Abschiede weiterer Masterplan-Exponenten folgen. Ob schliesslich jemand für die Fehlplanungen zur Rechenschaft gezogen wird?

Diverse Schwachpunkte in diesen Projekten, auf die wir schon lange hinweisen, lösten im letzten Jahr eine ganze Lawine von Planungsänderungen aus. Die „Lösungsvarianten“ wurden dabei immer zahlreicher, kostspieliger und auch absurder. Dabei waren einmal mehr wir Steuerzahler die Verlierer, während private Planer und Berater tief in die Gemeindefinanztruhe greifen konnten.

Liebe Leserinnen und Leser, wissen Sie, was “flaMa” ist? Es ist die Bezeichnung für etwas, worauf wir schon seit Jahrzehnten vergeblich warten: **flankierende Massnahmen**, was so viel heisst wie “Nebenbei”-Massnahmen: z.B. bessere Velo- und Fusswege, verbesserter ÖV, Erhöhung der Verkehrssicherheit und diverse Verschönerungen, vor allem im Strassenraum. Wir warten und warten und warten...

“flaMa” würde Lebensqualität bedeuten – was aber stets auf die lange Bank geschoben wird. Bescheidene Massnahmen mit bescheidenem Aufwand zählen nicht viel. Das jahrelange Drumherum-Gerede über “flaMa” dient in erster Linie der Propaganda.

Wirklich umgesetzt wurde kaum etwas. Und warum nicht? “Flankierende Massnahmen” würden die grossen Strassenprojekte wohl weitgehend unnötig machen. Das aber ist nicht im Sinn der Masterplaner – Richtplaner – Verkehrsoptimierer. Hier liegt denn auch der Konflikt.

Für EINE Massnahme wurden unter “flaMa” jedoch bereits Millionen verbaut, nämlich für den Pflasterstein-Mittelstreifen zwischen Bäch und Freienbach. Der Kanton findet diesen so genial, dass er ihn am liebsten bis Hurden verlängern möchte...

Beratungsbüros haben sich schon eine goldene Nase verdient mit der Inszenierung von Mitwirkungsitzungen und der “Begleitung” immer neuer Kommissionen, die darüber reden dürfen, was man denn gerne hätte. Laut Meldung der FDP Freienbach vom April 2007 soll die Gemeinde **“für Mitwirkungsprozesse, Analysen und Information der Bevölkerung (...) in fünfzehn Jahren 2,6 Millionen Franken investiert”** haben. Verpuffte Gelder...

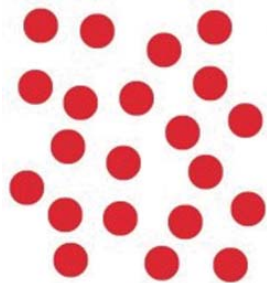
Erstaunlicherweise gaben die Behörden anfang März 2010 nun endlich “dreissig Jahre Versäumnisse” zu.

Sie reden sogar von "Vergangenheitsbewältigung"...

Ganz dick wird seit Mitte März 2010 aufgetragen: 90% der Investitionen (die Rede ist von 400 Millionen für alle Projekte zusammen) würden der "nachhaltigen Bewältigung der Unterlassungen aus den letzten 30 Jahren dienen". Kantons-Ingenieur Gallati spricht sogar explizit von "Vergangenheitsbewältigung". Das gibt zu denken...

Damit werden aber alle Verantwortlichen seit 1980 pauschal angeprangert, ohne dass klar würde, um welche "Unterlassungen" es sich handelt und wer diese zu verantworten hat.

Wird damit auch endlich zugegeben, dass seit 1980 der Vollanschluss Halten und der Direktanschluss des Seedamm-Centers willkürlich verzögert wurden?



Ein Leserbrief vom 16. März brachte es **auf den Punkt**

Wo bleibt die Wahrheit?

Mit allen Mitteln wird für die sogenannte Verkehrsoptimierung Höfe VOH (früher Masterplan) gekämpft. Der entsprechende Bericht von Kantonsingenieur F. Gallati anlässlich der 91. GV des Baumeisterverbandes Etzel+Linth ist in den Lokalzeitungen rund 5 mal grösser als der eigentliche Bericht über die GV. In seinen Ausführungen verrät uns F. Gallati, dass 150 Mio Bundesbeiträge, bzw. Agglomerationsgelder **in Aussicht gestellt** seien, welche aber nur im Gesamtpaket fließen würden. Gemäss Homepage der Gemeinde Freienbach wurde an der Medienkonferenz vom 9. März aber bekanntgegeben: „Die **bereits** von Bund und Kanton **bewilligten** Beiträge von über 150 Mio wären **hinfällig**, falls die VOH nicht umgesetzt würde“. Also, ob 150 Mio in Aussicht gestellt sind oder bereits bewilligt, ist doch ein ganz wesentlicher Unterschied.

VOH
Verkehrsoptimierung Höfe

Der Lügenbaron Münchhausen behauptete, er sei auf einer Kanonenkugel zum feindlichen Lager geritten. Als die Gefahr zu gross wurde, habe er in der Luft auf eine entgegen kommende Kugel gewechselt und sei darauf wieder ins eigene Lager zurückgeritten.

Die VOH scheint uns etwa gleich glaubwürdig...



Gemäss Gemeinderat A. Beglinger ist der Baubeginn für einen Zubringer von Freienbach frühestens 2019. Im November 2009 sagte F. Gallati gegenüber den Medien sogar, der Halten-Vollanschluss könne erst 2023 (!) in Betrieb genommen werden. Warum müssen wir also schon jetzt, genau gleichzeitig mit der Fällmistunnel-Kreditabstimmung über einen Planungsbeitrag befinden, wenn die Ausführung erst in 10 Jahren oder noch später – oder überhaupt nicht – erfolgen soll? Nachdem die Behörden wissen, dass ein hoher Anteil der Bevölkerung den Vollanschluss Halten nach wie vor als die beste, günstigste und 1. Lösungs-Variante betrachtet, ist das meiner Meinung nach vor allem ein Schachzug, ein „Beruhigungszuckerchen“, um zum Fällmistunnel und der Verlegung des Autobahnanschlusses Wollerau doch noch ein JA einzufangen.

Sollte nämlich je ein Fällmistunnel gebaut und der Autobahnanschluss verlegt werden, zweifle ich doch sehr an einer späteren Ausführung „Vollanschluss Halten mit Zubringer“. Übrigens, auch hier habe der Kanton bereits einen Anteil von 50% für den Zubringer bewilligt! Ist das wahr? Ohne vorhandenes Projekt und ohne vorgängige Kostenzusammenstellung? Und warum bezahlt der Kanton die zwei zusätzlichen neuen Machbarkeitsstudien nicht auch ganz allein wie die letzten vier, die 2003 klammheimlich schubladisiert worden waren? Braucht es dazu wirklich eine halbe Million aus unserer Freienbacher Gemeindekasse? Die vielen ständig ändernden Angaben und Zahlen sind für mich unseriös und zeigen, dass die Planer und Behörden mit allen Mitteln auf Stimmenfang gehen.

Walter Heusser, Pfäffikon

Verwirrspiele vor den Abstimmungen

Sowohl die ‚Umfahrung Pfäffikon‘, als auch die ‚Autobahnanschlussverlegung Wollerau‘ mit dem Fällmistunnel weisen ein miserables Kosten-Nutzen-Verhältnis auf, und obendrein eine negative Umweltverträglichkeits-Bilanz.

Die kursierende Behauptung, die Autobahnanschluss-Verlegung in die Öltrotte könne auch ohne Fällmistunnel realisiert werden, ist falsch.

Ohne Fällmistunnel ist eine Verlegung des Wollerauer Anschlusses aufgrund der massiv negativen Umweltverträglichkeit des Projekts nicht mehr denkbar.

Ebenso falsch ist die Suggestion, der Zubringer aus Freienbach und der Halten-Vollanschluss seien nur im Gesamtpaket realisierbar. In Wahrheit handelt es sich um zwei getrennte Projekte.

Ein ziemlich dickes Stück...

... ist der Entscheid, den Stimmbürgern am 13. Juni zusammen mit dem Fällmistunnel-Projekt-kredit auch eine Kreditvorlage – angeblich für weitere Machbarkeitsstudien – für den „Zubringer Freienbach“ zum Vollanschluss Halten vorlegen zu wollen. Laut behördlichem Zeitplan soll nämlich der Vollanschluss Halten erst 2023 fertiggestellt werden:

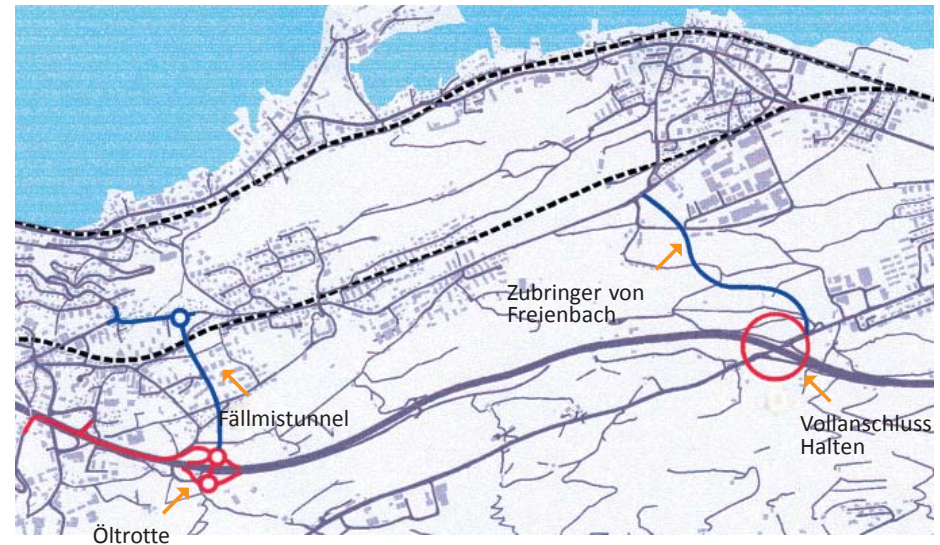
- Brauchen wir wirklich 13 Jahre für den Bau des Vollanschlusses, der bei gutem Willen nicht einmal ein Jahr benötigen würde?
- Will man mit dieser Taktik nur die Bevölkerung überlisten, welche den Vollanschluss Halten ganz klar bevorzugt?



VOH
Verkehrsoptimierung Höfe

Die Finanzierung des Vollanschlusses Halten ist ausschliesslich Bundessache. Der Zubringer wird zu einer Kantonsstrasse. Da es für beide Planungsprojekte praktisch kein Gemeindegeld braucht – jedenfalls keine 500'000 Franken – ist die geplante Abstimmung über den Zubringer zum Vollanschluss Halten nichts weiter als eine Farce.

FÄLLMISTUNNEL Abstimmung zur Autobahn-Anschlussverlegung von Wollerau nach Wilen



Wichtig zu wissen

Die auf der folgenden Doppelseite erwähnten Abklärungen für die Masterplanprojekte wurden vom Kanton Schwyz in Auftrag gegeben. Das Bürgerforum bekam erst nach mehrmonatiger Verweigerung Akteneinsicht. Die „Zweckmässigkeitsberichte“ durften jedoch nicht kopiert, sondern nur handschriftlich

abgeschrieben werden, was wir dann auch an mehreren Tagen im Dezember 07 / Januar 08 taten.

Leider wurden die klaren Ergebnisse und Folgerungen aus diesen Untersuchungen schuldladisiert. Sie flossen nicht ein in die behördlichen Beschlüsse und wurden der Öffentlichkeit vorenthalten.

Zitate und Kommentare

Zitat

„Aufgrund der Nutzen-Kosten-Analyse kann die Anschlussverlegung Wollerau nicht ohne weiteres als zweckmässig bezeichnet werden, ob mit oder ohne Spange Süd klein: Nutzen-Kostenverhältnis kleiner als 1“

aus: „Verlegung Autobahnanschluss Wollerau, Beurteilung der Zweckmässigkeit, (Schlussbericht), 8.6.2005, Version 4, Rapp Trans AG, Zürich“

Pikant

Weil die Wollerauer die Spange Süd klein an der Urne abgelehnt hatten, erfanden die „Autobahnanschluss-Verleger“ im Herbst 2008 kurzerhand eine zusätzliche **Brücke über die Autobahn**. Doch in der Konsequenz bringt diese nur Nachteile, nämlich:

- zusätzliche Kosten
- zusätzliche Lärmbelastungen
- zusätzliche Ortsbildverschlechterungen

Fazit

Das laut Expertise schon vorher **miserable Nutzen-Kosten-Verhältnis** würde also **nochmals viel schlechter**. Somit ist das Projekt aussichtslos und darf gar nicht umgesetzt werden. Schon 2005 hätte jegliche weitere Planung sofort gestoppt werden müssen. Jeder seither dafür ausgegebene Franken ist weggeworfenes Steuergeld, da die Kosten durch keinerlei Nutzen gerechtfertigt werden!

Zitat

„Wenn der Vollanschluss Halten und insbesondere der Zubringer Halten vor der Anschlussverlegung Wollerau realisiert werden sollten, verringert sich der Nutzen der Anschlussverlegung.“

aus: „Verlegung Autobahnanschluss Wollerau, Beurteilung der Zweckmässigkeit, (Schlussbericht), 8.6.2005, Version 4, Rapp Trans AG, Zürich“

Pikant

Ein zuerst realisierter Halten-Vollanschluss würde das Nutzen-Kosten-Verhältnis der Autobahnanschlussverlegung nach Wilen zusätzlich nochmals viel schlechter abschneiden lassen. Durch den Halten-Vollanschluss würde so viel Nord-Süd-Verkehr vom regionalen Strassennetz abgefangen, dass sowohl Wilen, als auch Wollerau viel stärker entlastet wären.

Fazit

Die Entlastung von Wolleraus Kern war von den Masterplanern vermutlich gar nie ernst gemeint, sonst hätten sie nämlich schon längst den Halten-Vollanschluss favorisieren müssen. Die Argumentation mit der Kernentlastung ist ähnlich wie bei der Umfahrung Pfäffikon reine Heuchelei, um zusätzlichen Strassenbau zugunsten einer weiteren Aufblähung der Bautätigkeit zu generieren.

Zitat

„Aufgrund der überdurchschnittlichen Siedlungsentwicklung im speziellen wird die Gesamtverkehrsleistung im ganzen Gebiet Höfe bis 2020 um weitere 30% zunehmen.“

aus: „Auswirkungen des Masterplans Höfe auf die Nationalstrasse A3, Schlussbericht, 22.5. 2006, Version 3, Rapp Trans AG, Zürich“

Zitat

„Die Verlegung des Anschlusses Wollerau ermöglicht insbesondere die Entwicklung der bisher unüberbauten Wohnzone südwestlich des heutigen Anschlusses. Zudem kann im Einzugsgebiet des neuen Anschlusses Wollerau bei Bedarf attraktives Gewerbe- und Industrieland ausgeschieden werden.“

aus: „Ausbau Anschluss Halten N3, Beurteilung der Zweckmässigkeit, 13.1.2005 / 23.3.2005, Version 2, Rapp Trans AG, Zürich“

Zitat

„Als Folge des überdurchschnittlichen geplanten Wachstums von Einwohnerzahlen und Arbeitsplätzen wird der Verkehr in der Region Höfe bis 2020 nach dem Bau der Umfahrung Pfäffikon und der Verlegung des Anschlusses Wollerau nochmals um 25% zunehmen. Zur Abendspitze sind 8 mal mehr Strecken überlastet als heute.“

aus: „Ausbau Anschluss Halten N3, Beurteilung der Zweckmässigkeit, 13.1.2005/23.3.2005, Version 2, Rapp Trans AG, Zürich“

Pikant

Die Strassen sollten also nicht etwa zur Verkehrsentslastung gebaut, sondern bis 2020 mit möglichst 30% mehr Verkehr belastet werden (Ernst Basler+Partner AG spekuliert für die Gemeinde Freienbach sogar auf eine Verkehrszunahme von 37%...).

Fazit

Das wirkliche Ziel der Masterplaner ist eine extrem hohe Siedlungszunahme und Verkehrsentwicklung. Der Masterplan sollte im Wesentlichen als Vehikel dienen, um auserlesenen Privaten volle Auftragsbücher zu verschaffen.



VOH ... VERKEHRT OHALÄTZ...

Verkehrsoptimierung Höfe

Was bleibt,

Fragen zur Autobahnanschluss-Verlegung nach Wilen und zum Fällmistunnel

Anwohner der Wilenstrasse fordern schon lange einfache, aber wirkungsvolle Entlastungsmassnahmen, etwa ein Fahrverbot für 40t-Lastwagen.

Die Strasse ist zu schmal, wenn sich zwei breite Fahrzeuge kreuzen. Warum wurde dies nicht schon längst angeordnet?

Offizielle Antwort:

Im Rahmen der flankierenden Massnahmen zur Verkehrsoptimierung Höfe wird diese Massnahme abgeklärt.

Dazugedacht:

...und es wurde bisher absichtlich auf die lange Bank geschoben. Die Wilenstrasse soll bewusst auch von zu breiten Fahrzeugen als Autobahn-



VOH

Verkehrsoptimierung Höfe

zubringer benützt werden können. Die extra überbreiten Trottoirs würden sie dann schon „in die Knie zwingen“. Dass aber die Fussgänger durch unvermeidliche Ausweichmanöver ständig gefährdet sind, wird ausgeblendet.

Offiziell wird behauptet, die Verlegung des Autobahnanschlusses Wollerau werde wegen der nächsten Blatt-Tunnel-Sanierung nötig.

Dazugedacht:

...2008 wurde an gleicher Stelle schon für 25 Millionen eine erste Sanierung durchgeführt, ohne dass es zu Problemen mit der Ein- und Ausfahrt gekommen wäre.

Wurden Kosten-Nutzen-Abklärungen für die zusätzliche sogenannte Hochbrücke Wollerau vorgenommen? Wenn Ja, wie ist das Resultat und wie wirkt es sich gesamthaft auf die Anschluss-Verlegung aus?

Offizielle Antwort:

Steht noch aus.

Dazugedacht:

...Wetten, dass diese zusätzliche Brücke über die Autobahn das schon jetzt miserable Kosten-Nutzen-Verhältnis weiter verschlechtert!

Wurden bei den bisher durchgeführten Info-Veranstaltungen jeweils konkrete Änderungswünsche vorgebracht, zeigten Planer und Behörden kein Musikgehör. Die Masterplanung sei als Ganzes „beschlossene Sache“ und könne nicht einfach geändert werden. Vor allem über die Verzögerung des Vollanschlusses „Halten“ bis nach 2020 gebe es nichts zu diskutieren. Basta.

Im Gegensatz dazu wurde die neue Hochbrücke aber sofort nach ihrer „Erfindung“ in die angeblich so unveränderliche Planung eingesetzt...

sind Fragen...

Fragen zur Umfahrung Pfäffikon

(...) hat der Kanton 5 Kernbohrungen gemacht (Bohrtiefe 12-31m). So muss man (...) im Bereich des Staldenbachs mit Feinsand und Grundwasser rechnen. Als schwieriges Terrain hat sich das Gebiet der Unterführung Unterdorfstrasse entpuppt. Hier stiess man auf empfindliche Seeablagerungen, lokal sogar auf Seekreide. Diese (...) Gesteinsschicht ist mergelartig und von sehr eingeschränkter Tragfähigkeit.

Quelle: Tiefbauamt des Kantons Schwyz, zitiert in: ZSZ March Höfe, Donnerstag, 27.11. 2008

Weshalb wird auf Nachfrage eine detailliertere Auskunft über die Resultate der Bodenproben konstant verweigert?

Offizielle Antwort:

Zu laufenden Planungen werden keine Zwischenergebnisse bekannt gegeben

Dazugedacht:

...weil die Resultate so schlecht sind, dass sie das Weiterplanen grundsätzlich in Frage stellen würden? Soll vor dem endgültigen AUS für dieses Projekt einfach noch möglichst unbehelligt der Planungskredit über rund 10 Millionen aufgebraucht werden?

Welche Interessen stehen hinter dem Entscheid, „die Kernentlastung Pfäffikon und Wollerau“ müsse Vorrang vor allen anderen Massnahmen haben?

Offizielle Antwort:

Die Interessen der Bevölkerung an einer Aufwertung der Zentrumszonen („städtische Entwicklung“, „Flaniermeilen“, „Champs Elysées“ etc.)

Dazugedacht:

...oder nicht doch eher die Interessen von Privaten, die Druck auf die Behörden ausüben?



Die genauen Resultate der Bodenproben unterstehen der Geheimhaltung...

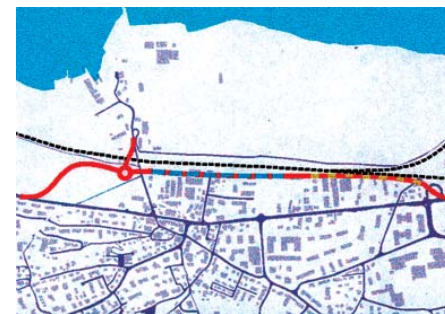
Was bedeutet der Entscheid des Bundes, er unterstütze die Umfahrung nicht mit einem Agglo-Beitrag, weil die Wirkung der Verkehrs-entlastung ungenügend sei?

Offizielle Antwort:

Das ist uns egal, wir favorisieren die Umfahrung trotzdem und zahlen sie aus anderem öffentlichem Geld.

Dazugedacht:

... solange sich noch andere Dumme finden, die die Kosten übernehmen – zum Beispiel Schwyzer und Freienbacher Steuerzahler – wird auch das Märchen vom Nutzen der Umfahrung weitererzählt werden...



Hitverdächtig

Umfahrungsvariante 2 – ein absurder Ausweg

Bei den Behörden häuften sich in letzter Zeit die Meldungen über starke Argumente gegen die Umfahrung Pfäffikon. Eines davon sind die 10 Meter hohen Lärmschutzwände, die beim Umfahrungsprojekt unvermeidlich wären.

Dass solch gigantische Seesicht-Barrieren den Bürgern kaum genehm sein würden und die Umfahrung wohl allein schon an diesem Schwachpunkt scheitern müsste, wurde den Verantwortlichen offenbar im vergangenen Jahr selber klar.

Als Lösung sollte deshalb nach dem Willen des Gemeinderates auch der östliche Teil der Umfahrung überdeckt werden.

Die Sicht auf den See vom Dorf her bliebe aber ebenso versperrt wie mit Lärmschutzwänden. Aber zum Trost dürfte man dann oben auf dem Deckel der Umfahrung lustwandeln, direkt neben den Bahngleisen und den Stromleitungen...
Ging bei dieser Variante vergessen, dass auf der Nordseite beim Naturschutzgebiet schon ein schöner Weg vorhanden ist, der uns nichts zusätzlich kostet?

Die verfügbare Breite entspricht überhaupt nicht den Vorschriften für Tunnels dieser Länge.

Komplexe Folgeprobleme würden auch spätere Generationen schwer belasten (unkalkulierbare Auswirkungen auf Gleise und überbaute Nachbargrundstücke aufgrund des untauglichen Untergrunds; aufwändige Tunnelansanierungen; Grundwasser-Rückstau, etc.)

Die Umfahrung würde erst noch um mindestens 50 Millionen teurer...



Der Kanton stellte sich übrigens ebenfalls gegen diese Variante und verlangte, dass Freienbach die Planung dafür selber berappt. So jedenfalls war es mit dem Gemeinderat abgemacht.

absurd

Für die zusätzliche Planung der "Variante Tunnel lang" wurden **870'000 Franken** eingesetzt – ein Klacks für unsere reiche Gemeinde, nicht wahr?

Müssen wir Stimmbürger aber wirklich so teure Abklärungen bezahlen, nur um bestätigt zu bekommen, dass wir **dieser Variante niemals zustimmen können?**

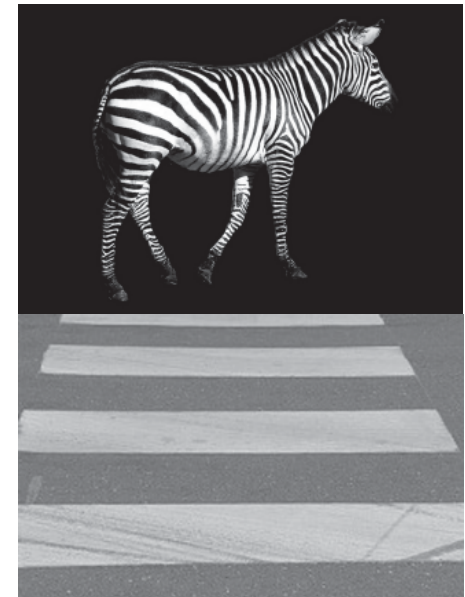
Der Gemeinderat ahnte wohl, dass der Planungskredit von 870'000 Franken über eine reguläre Abstimmung niemals zu holen wäre. So griff er zum nicht ganz unbekanntem Trick, das Geld still und leise mittels Nachkredit und Budget zu beschaffen.

Doch für einmal kam es anders als erwartet: Nachkredite dürfen nur für bereits verausgabtes Geld eingeholt werden. Und da muss es nun bei den Planern eine veritable Panne gegeben haben:

Zwar wurde in der Botschaft zur Gemeindeversammlung vom 11. Dez. 2009 ein Betrag von Fr. 650'000 als „bereits ausgegeben“ – und somit als Nachkredit – deklariert. Doch in einer Art Hauruck-Verfahren verschob der Gemeinderat während der Versammlung fast eine halbe Million dieses angeblichen Nachkredits ins Budget 2010: den verblüfften Teilnehmern wurde beschieden, man habe eben doch "erst 170'000 Franken verbraucht"...

Selbst die Rechnungsprüfer wurden von diesem Vorgehen gemäss eigenen Aussagen völlig überrumpelt.

Nun muss sich das Verwaltungsgericht damit befassen (vgl. auch letzte Seite).



Das Ganze ist etwa so logisch wie die Verlängerung eines Zebrastrreifens mit einem Zebra...

| Publizierte Zahlen im Voranschlag 2010 | |
|--|----------------------|
| via Nachkredit 2009 | Fr. 650'000.- |
| via Budget 2010 | Fr. 220'000.- |
| Total | Fr. 870'000.- |

| Die Zahlen an der Gemeindeversammlung vom 17.12.2009 | |
|--|----------------------|
| via Nachkredit 2009 | Fr. 170'000.- |
| via Budget 2010 | Fr. 700'000.- |
| Total | Fr. 870'000.- |

Freiheit ist das Recht, darauf zu bestehen, dass **2+2 = 4** ist.

Das Bürgerforum versteht sich als Vermittler wichtiger Sachinformationen, um so zur Verbesserung der aktuellen Situation in der Gemeinde Freienbach beizutragen und bei Fehlentwicklungen 'von oben' entsprechend Gegensteuer 'von unten' zu geben. Nehmen Sie mit uns Kontakt auf, falls Sie mehr wissen möchten, und informieren Sie sich auch auf unserer Homepage. Wir freuen uns auf den Austausch mit Ihnen.

Konto des Trägervereins:
Swiss Regiobank, CH 49 0691 0016 1652 5930 0

Herausgeber: Bürgerforum Freienbach,
Postfach, 8808 Pfäffikon
www.buergerforum-freienbach.ch
Redaktionsleitung: Köbi Brändli
8806 Bäch, Tel. 043 536 49 95
e-mail: lichtwechsel@lichtwechsel.ch
Auflage: 8'000 Ex.
Druck: hus, Zürich
Verteiler: ehrenamtlich durch Mitglieder des
Bürgerforums an alle Haushaltungen
Bilder: eingesandt, Privatarchive

Impressum

...und jetzt?

Gedanken des Redaktionsleiters

Erstens möchte ich allen Leserinnen und Lesern dieser Ausgabe gratulieren und mich bei ihnen bedanken. Sie haben viel schwere Kost gelesen und müssen diese jetzt aushalten und verarbeiten.

Leider führt aber kein Weg an dieser schwierigen Arbeit vorbei. Wir müssen sehen, was alles schief läuft, um Strategien zur Verbesserung entwickeln zu können.

Aber wie geht es weiter?

In Anbetracht der kommenden turbulenten Zeiten sind wir auf Menschen angewiesen, denen wir vertrauen können. Viele Bürgerinnen und Bürger haben dieses Vertrauen zu den Behörden und politischen Parteien verloren. Warum? Weil die Leute in diesen Gremien vor allem für die Gewinnmaximierung von 2% der Bevölkerung schauen, schauen müssen. Sonst sind sie in Kürze weg vom Fenster.

Diese mächtigen 2% sind aber bereits heute im Besitz von 98% aller Mittel. Was ist mit den übrigen 98% unserer Einwohner? Wo ist ihr Gewinn in diesem schlechten Spiel?

Der einfache Bürger hat im heutigen politischen System wenig zufriedenstellende Möglichkeiten. Besonders wenn er abhängig ist von den erwähnten 2%. Genau auf diese Abhängigkeit (z.B. Angst vor Verlust des Arbeitsplatzes, der Kunden, Ächtung durch ehemalige Freunde, usw.) wird gebaut.

Sollten wir diese Angst nicht abbauen und dieses System nicht verbessern, werden wir immer weiter verklavt werden. Wir können das schon lange sehen. Beispiele kann jeder von uns aufzählen. Und es ist kein Zufall, sondern so gedacht.

Schauen wir genau hin, wer bei welchen Aktionen in der Gemeinde profitiert. Sind es die 2% oder die 98% der Bevölkerung?

Kommen Sie an die Gemeindeversammlungen und an die Urne und handeln Sie. An den Gemeindeversammlungen sind heute – aus dem ganzen politischen Spektrum – etwa die Hälfte direkt von den 2% mächtigen und reichen Personen abhängig und stimmen entsprechend.

Es braucht aber unabhängige, freiheitsliebende Bürger und Mehrheiten für vernünftige Ausgabenpolitik und Projekte zum Nutzen aller. Damit haben wir es in der Hand, die Ziele und Wege in unserer Gemeinde zu bestimmen.

Köbi Brändli

2
+
98

Sachä gits!



Die unter fragwürdigen Bedingungen zustande gekommene Beschaffung des Planungskredits von total 870'000 Franken für eine zusätzliche Variante Umfahrung Ost hat nun ein juristisches Nachspiel.

Das Verwaltungsgericht muss jetzt prüfen, ob diese seltsamen Abläufe rechtmässig waren, ob allenfalls Stimmrechtsverletzungen vorliegen und ob diese Abstimmungen als ungültig erklärt werden müssen (s. auch Seiten 24/25).

Pinocchio's Nase wurde jedes Mal länger
– nachdem er gelogen hatte...

Umfahrung Pfäffikon: Es waren keine Belege vorhanden

Der Gemeinderat beantragte in seinem Vorschlag 2010 einen Nachkredit über Fr. 650'000 für die Planung der Variante Tunnel Ost. Also für schon gebrauchtes Geld – würde man meinen. Doch weit gefehlt!

An der Gemeindeversammlung vom 11. Dezember 2009 kürzte er den Betrag hauruck um 480'000 Franken – und schlug diese dem Budget 2010 zu, das damit von 220'000 auf 700'000 Franken anstieg. Das Geld sei halt doch noch nicht gebraucht worden...

Damit entlarvte der Gemeinderat ein äusserst fragwürdiges Spiel. Doch die überrumpelten Anwesenden vermochten kaum zu realisieren, was dies tatsächlich bedeutete.

Eine anschliessend eingereichte Stimmrechtsbeschwerde brachte nun ans Licht, dass überhaupt keine Belege für den verlangten Nachkredit vorlagen.

Nicht einmal die Rechnungsprüfer hatten entsprechende Belege eingesehen oder gar geprüft. Trotzdem empfahl die RPK den Nachkredit und die erhöhte Budgetposition für das Jahr 2010 ausdrücklich zur Annahme.

